

Das Kabinett Millerand.

Sinforientierung der Pariser Kammer.

6. Geff, 28. Januar.

In der gestrigen Kammerung wurden die Interpellationen auf Freitag vertagt. Die Interpellation Bouillon über die Verteilung der deutschen Schiffe wurde auf Freitag, 6. Februar, angelegt, ebenso eine Interpellation über die Transportschiffe, während die Besprechung einer Interpellation über die Marinepolitik der französischen Regierung im Einklang mit den Interpellationen auf den 17. März, angelegt wurde. Die Ereignisse der gestrigen Kammerung folgten sich mehr in den Verhandlungen als im Sitzungssaal. Es ist festzustellen, daß die Stimmung gegenüber dem Kabinett Millerand sich merklich gebessert hat. Die Kammer scheint gewillt, dem Ministerium mehr als bisher entgegenzukommen. Man hält es für möglich, daß der Minister des Innern, Steeg, die Verträge durch Erlaß anfordern wird, sich nicht um Politik, sondern nur um die Vermählung zu kümmern. Davon vertritt man sich eine weitere Vermählung. Man glaubt auch, daß Millerand trotz seiner internationalistischen Orientierung, die Beziehungen zum Vatikan wieder aufnehmen wird. Unter den Kandidaten für das Kammerpräsidentium tritt neuerdings der frühere Minister Georges Rogues an die erste Stelle.

Rogues ist führendes Mitglied der linksrepublikanischen Gruppe der Kammer, die im Gegensatz zu den Progressiven für die Kabinett Millerand gestimmt hat. Daß die linksrepublikanischen Parteien mehrheitlich mitzumachen, erhellt aus der Wahl des unifizierten Sozialisten Grouffier zum Abgeordneten der Kammer, anstelle des zum Kriegsminister ernannten sozialistischen Republikaners André Desjardins. Für Grouffier stimmten 347 Abgeordnete. Die Progressiven haben sich mit den Meritisten und Konfessionellen der Abstimmung enthalten. Das Scheitern des Kabinetts Millerand hängt also gegenwärtig von den unifizierten Sozialisten ab, und diese scheinen, wie kürzlich schon betont wurde, entschlossen, das Ministerium gegen einen etwaigen Vorstoß der Progressiven zu unterstützen.

Englische Cendenzmeldungen aus Syrien.

Drahtmeldung.

Paris, 28. Januar. (M. Z. N.)

Der „Temps“ protestiert gegen eine Nachricht der „Times“ aus Beirut vom 22. Januar, in der behauptet worden sei, daß die Lage in Syrien sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ernstlich bedauerlich sei. Die wirtschaftlichen Verhältnisse seien nach Ansicht von keinem der Beobachter so trübselig wie in den vergangenen Jahren. Die Beziehungen zwischen den französischen Behörden und den Syrern von Libanon namentlich aber mit der Geistlichkeit, seien in jeder Hinsicht ausgezeichnet. Man könne sich nur wundern, daß von Paris so falsche Nachrichten verbreitet würden, die offenbar den Zweck hätten, das Wert Frankreichs in Syrien zu deprimieren.

Die Unruhen in Irland.

Umschuldung des katholischen Episkopats.

Tag für Tag kommen aus Irland Meldungen von Totalen Aufständen und Unruhen, von Verdächtigungen gegen englische Beamte und Soldaten und von einer weiteren Ausdehnung des Waffenkampfes, der mit Hilfe amerikanischer Freiwilliger durchgeführt wird. Die von den Iren in Amerika gesammelten Waffen und Munition ermöglichen es den Einwohnern, in allen Landesteilen bewaffnet zu werden.

dem Leben ein Trauer“ zuzunehmen ja das ganze Barock enthält die Sehnsucht nach einem Schauspieler, das Leben selber nur ein Schauspiel vor dem lieben Gott ist.

Gautier denkt nicht daran, seinen Helenismus aus dem Barock zu rücken. Der wäre nur eine Mode mehr, die „Verwirrung der Epoche“ noch vermehren. Er weiß auch, daß das „biografische Barock“ nur auf dem festeren Grunde des festen Glaubens möglich ist; und er sucht nur in immer Religion. Er weiß, daß Form uns nicht helfen kann, solange wir keine Gabe haben. Er weiß, daß nur die malen dürfen, die eine Sache haben“. Das ist wohl, das ich meine, wenn ich gern, vor unzufühbarem Rollen mit Zeichnungen an das alte Barock unserer Väter wandle, darauf dringe, wir hätten uns jetzt unser eigenes Barock zu schaffen, ein ganzes Barock; jenes ist notwendig gewesen, Italien verdeutschend, anderes mußte notwendig sein, Rom und Byzanz verbindend, mit Raum für Welt, Witz und Hofwitz zugleich. Gautier hat mit seinem Buch erst den Grund zur Erforschung des Barock. Sonst ihm aus was man fragen kann, vor allem, wann das Barock denn eigentlich begann (ich vermute schon in Spanien; schon Petrarca und Ronsard sind Barock, und Karl IV. und sein Jüngster Johann von Navarra auch; nur wie dieser von Columbus datierendes Beginn des Barock zunächst noch nationalitätlich denaturiert), denn wie die geistlichen Lehungen des heiligen Genesius folgten die Protegomena des Barock werden, wie das Barock nun eine Kunst nach der anderen durchdringt und durch das Barocktheater, seinen höchsten Ausdruck, zur Lebensform des Abendlandes wird (wie in die französische Revolution hinein ja noch Napoleon selber ist eine Barockfigur); endlich, wie sich jedes Volk, ja jeder Stamm das Barock nur in seine Mundart überlegt: spanisches, französisches (der ganze Pascal ist eine Notwehr gegen das Barock), flamand-barock, skandinavisch, Schweizer, bayerisches, schlesisches, niederländisches, sächsisches Barock, jedes eine Welt für sich. Ein wunderbares Buch, das gleich Arbeit für zwanzig Jahre gibt! Man müßte jetzt ein Gauleitersseminar stiften, um besten auch in Paris.

„Wilhelm Tell“ auf Japanisch. Bei einem Empfang des akademischen Schriftstellers der Tohoku Universität durch den japanischen Gesandten in Bern, fand wie der „Bund“ meldet, ein lebhafter Gedankenaustausch über europäische Literatur statt. Es war den Japanern unverständlich, daß die Stadt Bern noch kein Feind-Deutschland sei. In Tokio ist von den Studenten der dortigen Universität Schillers „Tell“ in japanischer Sprache mit großem Erfolg aufgeführt worden. Tokio habe ein eigenes Theater für europäische Schauspieler. Es seien dort in letzter Zeit u. a. Hauptmanns „Verdammter Witz“ und Shens „Apostel“ aufgeführt worden. Weiter erzählt, sei man von der in Japan existierenden Oper „Madame Butterfly“, die japanischen Stellen seien da gar nicht getreu wiedergegeben. Die Oper dürfte in Tokio nicht aufgeführt werden.

Banden zu unterhalten, die eine geordnete Verwaltung Irlands unmöglich zu machen sind. Doch damit fast alle englischen Wähler hat sich die Lage in Irland derart zugekehrt, daß nur die Bewahrung weitestgehender Selbstbestimmung, ungeachtet oder die Durchsetzung der französischen Mittelschicht Irlands im Verbands der britischen Reichsversammlung. Die sämtlich katholischen Wähler von Irland haben nämlich eine Erklärung veröffentlicht, in der sie den Bürgerkrieg gegen den geistlichen Zustand des Landes als eine Folge der englischen Unterdrückung und der Verdrängung der nationalen Freiheiten darstellen. Freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Irland können nur dann wieder hergestellt werden, wenn man dem ungeteilten Irland Gelegenheit geben würde, sich eine Regierungsform selbst zu wählen. Vor wenigen Monaten erregte es noch bei einem großen Teile der höheren Geistlichkeit Irlands, die im Gegensatz zum liberale Landbesitzer, der nationalmäßig und revolutionär gestimmt ist, genötigt war, zugunsten einer gemäßigten englischen Herrschaft zu wirken, lebhaftes Erstaunen, als ein junger Weltkandidat sich für die Ziele der Einmischer erklärte. Jetzt hat der gesamte Klerus sich in der oben erwähnten Erklärung mit den Hauptzielen der Revolutionäre identifizieren müssen.

Der Hofstand des österreichischen Zeitungsgewerbes.

Drahtmeldung der „Wienschen Zeitung“.

Wien, 28. Januar.

Im Vorhinausdruck wurde gestern die antitrophale Lage des deutsch-österreichischen Zeitungsgewerbes erörtert. Staatssekretär Reichl erklärte, der Papierverbrauch der Zeitungen sei monatlich 200 Waggon im Frieden auf 125 vermindert worden. Wegen die verschiedenen Preisveränderungen gebe es drei Mittel: 1. die Überwälzung auf die Zeitungsbekohner, wobei allerdings der Preis bereits die Grenze des Möglichen erreicht hat, 2. ein Reduzieren der Zahl, wie er seit 1917 in Geltung war, nach dem ersten Halbjahr 1919 aber eingestellt wurde, 3. Exportbewilligung für Rotationsdruckpapier unter Beantragung des Gewinnes für die Verbilligung des Inlandsbedarfes. Der Österreichische Sozialist erklärte, die Papierfabriken verlangen während für die Zeit vom 1. Januar 1920 7 Kronen pro Rilo für den Monat Februar 9 Kronen, für März 12 Kronen (gegen 8 Heller in der Friedenszeit). Das würde bedeuten, daß die 8 Seiten Kleinformat einer Zeitung schon auf 80 Heller zu stehen kommen. Die übrigen Kosten hingegen, werde das Generalpapier einer Zeitung kaum unter 1 Krone verkauft werden können. Die Papierfabriken machten sich den Verkauf von Rotationspapier für das Ausland zum Preise von 80 Kronen pro Rilo zunutze. Die deutsch-österreichischen Zeitungen müßten schließlich zusammenbrechen. Die Papierausweitung lasse zu wünschen übrig, da nur die großen Blätter in der Lage wären, Zeitungspapier in größerem Umfange zum Preise von 17 Kronen pro Rilo zu erwerben.

Hoovers Hilfe für Wiener Kinder.

Drahtmeldung der „Wienschen Zeitung“.

Wien, 28. Januar.

Wem Präsidenten Coe ersuchen gestern der Leiter des amerikanischen Rotes für Deutschland, um ihm mitzuteilen, daß Hoover eine Vermehrung der täglich in Deutsch-Österreich mit Nahrungsmitteln zu versorgenden Kinder von 226 000 auf 270 000 angewendet habe. Die jährliche Unterstützung der Wiener Kinder habe einen jährlichen Aufwand von 11 000 000 Kronen erwiesen. Wenn in Wien noch hundert 110 000 Kinder, die im August verstorben, werden, werden 60 000 Kinder werden in einem Lebensjahr, ein Paar Schiffe mit ein Paar maltere Schiffe erhalten. Ferner wird das amerikanische Hilfskomitee Lebensmittel zur Verfügung stellen, die in Amerika lebende Freunde und Verwandte von Deutsch-Österreichern zur Verfügung stellen; dadurch werden die hohen Kosten gelindert und der Aufwandsgegenwert vermehrt werden. Hoover und obendrein die Güter der Lebensmittel.

Washington, 27. Januar. (Reuters.)

Schöpfung des Glanz, dem Finanzministerium des Reichsministeriums, die vorgeschlagene Anleihe von 100 Millionen Dollar sei notwendig, um zu verhindern, daß Deutschland, Polen und Armenien schließlich nachungestoren.

Rundschau im Ausland.

Der Zustand des französischen Fronten. Dem „Matin“ zufolge hat die britische Handelskammer in Paris eine Entschließung angenommen, in der die englische Regierung aufgefordert wird, schnellst Schritte zur Beilegung der Bedrohlichkeit zu unternehmen. Die Entschließung hebt hervor, daß die wirtschaftliche Untermittelung zwischen englischen und französischen Kaufleuten zur Folge habe.

Verlegung der Rotenbühnen Verhandlungen nach Stockholm? Die Moskauer Kommerzbank hat nunmehr telegraphisch dem britischen Konsul in Stockholm mitgeteilt, sie betrachte Dänemark nicht mehr als ein „offenes Land“ für die britisch-russischen Verhandlungen. Wäre die britische Regierung eine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Stockholm und Stockholm, so müßte die Konferenz nach einem anderen, nicht dänischen Ort verlegt werden. Dem Vermögen nach hat die Roterbühnen Stockholm als Verhandlungsort vorgezogen.

Zusichnahme des russischen Friedensangebots an Polen. Die Moskauer Sowjetregierung hat durch einen Rundschreiben an alle mitgeteilt, daß für die polnische Regierung auf ihr Friedensangebot nicht geantwortet habe, das Angebot als unzulässig betrachte.

Die französischen Journalisten fordern die Sonntagruhe. Eine Pariser Gesamtsitzung wurde durch eine Resolution von Redaktionsvertretern eine Kommission beauftragt, bei der Regierung Schritte zu tun, um Herausgabe und Verkauf von Zeitungen oder Art von Sonntag mittags 12 Uhr bis Sonntag mittags 12 Uhr zu verbieten. Ferner solle ein Einheitsrecht für ausländische Zeitungen, deren Verkauf im Hinblick auf Spezialitäten verboten werden. (Der „Paris“ hat, wie schon berichtet, die übliche Kontinuität im Zeitungsgewerbe durch ähnliche Verordnungen schon einmündig verboten. In Italien wird die Sonntagruhe so streng durchgesetzt, daß es den ausländischen Berichterstattern verboten ist, an ihre Blätter zu denken.)

Plan einer Neutralisierung der Ostsee. Wie aus London verlautet, hat die Konferenz der baltischen Staaten in Berlin den Plan einer Neutralisierung der Ostsee angenommen.

Aufschub der Strafprozessreform.

Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Jöel gab in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Berliner Anwaltsvereins und des Richtersvereins eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Reichsminister Schiffer habe bei seinem Eintritt in das Amt die Auffassung gehabt, daß eine grundlegende Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafprozesses zu den dringenden Reichsangelegenheiten gehören, die nach dem Gesetz über die neuwählige Reichsgewalt von der Nationalversammlung zu erledigen seien. Dieser Auffassung hätten auch die Parteiführer aller Fraktionen zugestimmt. Folglich sei beschäftigt gewesen, die Vorläge Anfang Januar an den Reichsrat und Anfang Februar an die Nationalversammlung zu bringen. Diese Situation sei nachträglich dadurch geändert worden, daß die Nationalversammlung erst Ende Februar zusammentreten und ab dann mit Arbeiten überhastet sein wird, daß die Erledigung u. a. umfangreicher Vorlagen nicht mehr mit Sicherheit erachtet werden kann. Da aber der Reichsjustizminister unter keinen Umständen wolle, daß die Dauer der Nationalversammlung um dieser Vorlage willen verlängert werde, so habe er an die Parteiführer des Reichsrates, ihn nachdrücklich von dem Verlangen, jetzt bereits die Vorlage einzubringen, zu erwidern. Es werde daher die Vorlage erst einem späteren Reichstag unterbreitet werden.

Eine polnische Gewerkschaft in Deutschland.

Wrocław, 28. Januar.

Eine Sitzung in polnischen Lager, die durch die wachsende Erkenntnis des sozialen Zustände in Polen geändert wird, bezeugt die Aufmerksamkeit eines Polen in der „Welt“-Zeitung, in der es u. a. heißt: Die polnische Arbeiterbewegung mit dem Sitz in Wroclaw, die über 50 000 Mitglieder zählt, hat die Form einer Gewerkschaft angenommen. Sie ist Vertreterin reiner Arbeiterinteressen. Die Erkenntnis, daß im neuen Polenstaat den Arbeiterinteressen nicht die Rechnung getragen wird wie in Deutschland, hat den Eifer für das betriebl. Polen erheblich abgemindert. Zu den Nationalpolen in Polen sind die polnischen Arbeiter im Westen in großer Gegenüberstellung. Die Schlacht ist verheerend, die im Verein mit der Geistlichkeit das neue Polen beherrschen will. So sind die Polen im Westen zu einer Politik gelangt, die sie Ansehen suchen läßt an die deutsche Arbeiterbewegung. Sie haben keine Schmach mehr, auszuwandern aus Heimland und Westfalen nach Österreich oder gar nach Italien. Die Polen suchen in den Westen heimlich zu werden. In auffälliger Weise mehrten sich die Fälle von Polen, die in Rom an polnische Arbeiter. Das erkrankte neue Polenrecht ist in seinem gegenwärtigen Zustande gar nicht mehr verstanden, die kulturell entwickelten Polen des Westens sehen in hoch über dem Land- und Industriegebiet in Ostpolen, daß es sie gar nicht gelüßt, darin unterzugehen.

Landkreis Pogegen.

* Gumbinnen, 28. Januar.

Der Reichskommissar für das Memelgebiet Graf v. d. Borch hat eine Bekanntmachung, in der es heißt, daß die örtlichen Verwaltungsbehörden Teile der Landkreis Pogegen in Magunt einfließen auf einen neuen Landkreis vereinigt werden. Als vorläufige Benennung desselben wurde der Name „Pogegen“ gewählt, da dieser Ort den Knotenpunkt der Weichsel und Memel bildet. Die Verwaltung des Landkreises Pogegen wurde dem Kreisamtsleiter Graf v. d. Borch übertragen.

Die Neueinstellung der Eisenbahnarbeiter.

Weder die Lage in den Eisenbahnverkehren noch halbamtlich folgende Zusammenfassung ausgegeben: In Königsberg haben sich bereits am ersten Tag von 8000 Werkstätten arbeiter 500 Arbeiter zur Arbeit gemeldet, in Gumbinnen 3000 sind von 8000 Arbeitern 800 wegen zur Eintragung erschienen, in Stargard 400 von 800, in Darmstadt 128 von 128, in Osthof, bekanntlich dem Sitz der nationalen Bewegung, 161 von 170. Ueberall, besonders auch in Ostpreußen, wird die Lage als völlig ruhig geschildert, und überall wird angenommen, daß der überwiegende Teil der Arbeiter sich bis zum Schlußtermin, dem heutigen Donnerstag, sich wieder zur Arbeit melden wird. Namentlich sind die älteren Arbeiter ziemlich vollständig zur Arbeit erschienen.

Politische Tagesnachrichten.

Aufhebung des Vernehmungsmandats in Polen und Oesterreich. Der durch Verordnung des Kommissariats des Obersten polnischen Volksrates vom 20. Juli v. J. für den Bereich der Stellung Polen, einseitig, des Angere diebstahl und Diebstahl, sowie für die Stadt Gnesen verhängte Vernehmungsmandat ist nach dem Willigen Dauer durch Verordnung des Ministers des oesterreichischen Reichsjustizministeriums aufgehoben worden.

Abtritt von Preußen. In wie Banas selbst freigegeben worden, er befindet sich bereits auf dem Wege nach Deutschland. Zur Begründung der Grenzschutzmaßnahmen ist der Chef der Administration v. Troitz in Wilhelmshaven eingesetzt.

Sitzung des Deutsch-evangelischen Kirchenauschusses. Der deutsch-evangelischen Kirchenauschusses ist nach vorausgehenden Beratungen der Unterausschüsse im Verwaltungsgebäude des Evangelischen Oberkirchenrats zu einer dreitägigen Vollversammlung zusammengetreten. Der Kirchenauschusses zählt seit dem Dreizehnten Kirchentag 16 ordentliche Mitglieder als Vertreter der landesrechtlichen Kirchen und 16 von dem Kirchenrat gewählte außerordentliche Mitglieder, unter ihnen zwei Frauen.

Genehmigung des Beamtenrechts. Der „Deutsche Beamtenbund“ legt Wert auf die Festhaltung, daß es an der Herausgabe des im „Beamtenrecht“ erschienenen, angeblich amtlichen Entwurfs der neuen Beamtenordnung nicht beteiligt ist.

Die kirchliche Begräbnisfeierlichkeiten von Eberhard und Walther. Der Präsident der baltischen Kammer erklärte bei Besprechung der Belegamine, die zur Einweihung Eupens und Waltheres in Begleitung empfangen wurden, daß Parlament müsse darüber wachen, daß die Verleumdungen und religiösen Gerüchte in jeder Hinsicht beseitigt und die Interessen aller gleichmäßig gewahrt werden. Die Entscheidungen seien notwendig, sein durch größtmögliche Entgegenkommen und dürfen nicht anders bezwecken, als in den zu Folgen gekommenen Geistes und Freiheit wachen zu lassen.